

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis für 16. bis 31. August Mark 100 000.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 100000 zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 8000 Mk. u. Strotomis Nr. 50 bei der
Oberamtspartasse Reichenbühl, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum Mk. 15 000.—, auswärts Mk. 20 000.—, Reklame-
zeile 40000 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Auktionsfertigung werden
jeweils 10 000 Mk. mehr berechnet. Schluß d. Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 189

Samstag 179

Wildbad, Mittwoch, den 15. August 1923

Samstag 179

58. Jahrgang

Sozialpolitische Monatschau.

Die katastrophale Entwertung der Mark und die hierdurch heraufbeschworenen Wahnsinnsprüche der inländischen Teuerung sind naturgemäß auch für die Sozialpolitik nicht ohne starke Rückwirkung geblieben. Würde schon vordem allenthalben die Frage des „wertbeständigen Lohnes“ erörtert, so brachte die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in diese Diskussion über die einzuschlagende Lohnpolitik eine gewisse Erregtheit hinein, die sich in zahlreichen Einzelstreiks ausdrückte.

Im Reichsfinanzministerium stellte man sich auf den Standpunkt, den Wünschen der Gewerkschaften in Bezug auf die Lohn- und Gehaltspolitik für die Staatsbediensteten nachkommen zu können. Es wurden z. B. für die Staatsarbeiter Vereinbarungen getroffen, daß auf Grund des unter Mitwirkung der Gewerkschaften allwöchentlich errechneten Reichsteuerungsindex jede Woche der Zuschlag für die Staatsarbeiterlöhne festgelegt werden soll. Gemäß dieser Vereinbarung sollen auch die Gehälter für die Staatsbeamten und Staatsangestellten ihre Regelung erfahren, nur daß hier an Stelle der wöchentlichen die vierzehntägige Neufestsetzung des Teuerungszuschlages getreten ist.

Ähnlich diesem Vorgehen des Reichsfinanzministeriums hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in seinen Richtlinien der Privatindustrie die Regelung der Lohnfrage empfohlen. Jedoch erkennt der Reichsarbeitsminister in seinen Richtlinien an, daß durch eine solche Lohn- und Gehaltspolitik die inländische Teuerungskurve die Preis-kurve des Weltmarktes zu überschreiten geneigt ist. Für diesen Fall empfiehlt der Reichsarbeitsminister neue Lohnverhandlungen, das heißt in lesbares Deutsch über: Lohnherabsetzung!

Es bedarf wohl keiner langen Argumentationen, daß es nicht gebilligt werden kann, wenn eine Lohn- und Gehaltspolitik eingeschlagen wird, an deren Ende selbst nach dem Eingeständnis der Befürworter einer solchen Politik entweder gigantische Arbeitslosigkeit oder Lohnherabsetzung stehen. Wir müssen auf die Einrichtung wertbeständiger Wertpartien hinweisen, ein Vorschlag, der bereits z. B. im Kreise Rettmanns Verwirklichung gefunden hat und mit dessen allgemeiner Durchführung eine Umstellung unserer heutigen Lohnpolitik auf den Grundsatze des Leistungslohnes Hand in Hand gehen muß. Nur so gelangen wir durch eine Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität zu wertbeständigen, ja zu steigenden Löhnen!

Im verflochtenen Berichtsmontat hat die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1922 der Öffentlichkeit übergeben. Bei der Unmöglichkeit, den Geschäftsbericht hier einer eingehenden Besprechung zu unterziehen, sei nur hervorgehoben, daß sich nach ihm in Arbeitgeberkreisen die Ansicht mehrt, unserer Sozialpolitik ein großes Ziel geben und sie von der augenblicklichen auf die Mentalität des Klassenkampfgedankens eingestellten „Gelegenheitsgesetzgebung“ befreien zu müssen.

Von den gesetzgeberischen sozialpolitischen Maßnahmen sei hervorgehoben, daß der Reichsfinanzminister durch einen Erlass den erwerbstätigen Kriegsbeschädigten eine Erhöhung des gesetzlichen Werbungskostenjahres in der Prozenthöhe der Erwerbsbeschränkung zugestimmt hat.

Das Ende der Papiermark

Die deutsche Papiermark hat, da sie im internationalen Verkehr als anfangliches Zahlungsmittel bezeichnet wird, innerhalb acht Tagen eine vierfache Entwertung erfahren, und zwar von dem 250 000fachen auf das einmillionfache. Der Stand unserer Notenausgabe rechtfertigt aber im schlimmsten Fall eine kaum 200 000fache Entwertung. Wenn wir nach dem heutigen Stand des Dollars rechnen wollten, müßten wir einen Notenumlauf von mindestens 400 Billionen im Handumdrehen schaffen. Würden wir aber heute unser Notenumlauf dergestalt vermehren, so stünde der Dollar morgen sicher auf 30 Millionen. Das ist ein Beweis, daß die Papiermark unhaltbar geworden ist, so sehr sich auch der bisherige Finanzminister Dr. Herms das für ins Zeug setzte.

Tagespiegel

Der deutsche Volkshafter Schamer soll nach einem Pariser Blatt mit der britischen Regierung wegen einer Anleihe unterhandeln.

Die englischen Wähler legen der Note der britischen Regierung an Frankreich und Belgien größte Bedeutung bei. Sie bedeute einen Wendepunkt in den englisch-französischen Beziehungen. Allgemein wird auf den tiefen Stand des französischen und belgischen Franken hingewiesen, — woran England sein gut Teil Verdienst hat.

Mussapha Kemal Pascha ist einstimmig zum Präsidenten der Nationalversammlung von Angora gewählt worden.

Man kann sich fragen: Warum besteht tatsächlich noch immer kein durch die Reichsbank planmäßig geregelter Geldverkehr? Es würde doch unserer Wirtschaft, Erzeugern wie Verbrauchern, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern das Leben dadurch tausendfach erleichtert werden.

Ein Grund, der häufig gegen wertbeständigen Zahlungsverkehr erwähnt wird, erweist sich als nicht stichhaltig. Das ist das Geldentwertungsrisiko. Wenn wertbeständigen Krediten auf der anderen Seite wertbeständige Rücklagen in gleichem Ausmaß gegenüberstehen, ist tatsächlich bei sonstigen soliden Sicherheitsmaßnahmen nichts zu fürchten. Es würden damit nur Einrichtungen zum amtlichen System der Reichsbank erhoben, die heutzutage schon in weiten Gebieten der Wirtschaft für den Abrechnungsverkehr in Uebung sind und sich verhältnismäßig gut bewähren. Es wäre sogar sehr zu begrüßen, wenn diese mit der Zeit recht unübersichtlich gewordenen Multiplikatoren, Schlüsselzahlen, Devisen- und Goldmark-Rechnungsätze durch die Reichsbank einheitlich würden.

Schwerer wiegt ein zweiter Grund, den vornehmlich die Produktion als Einwand gegen Festlegungsmahnahmen, deren vornehmste ja die Schaffung wertbeständiger Geldverhältnisse wäre, geltend zu machen pflegt. Das ist die Gefahr der Anpassung an die Weltmarktpreise, die von selbst eintreten würde. Die heutige ungünstige Lage der deutschen Wirtschaft, die Abschmälerung von unseren wichtigsten Rohstoffgebieten, die starke Belastung mit Steuern und sozialpolitischen Ausgaben bringe es mit sich, daß unter normalen festen Weltmarktpreisen die deutsche Industrie mit weit höheren Herstellungskosten als das Ausland arbeiten müßte, daher von den auswärtigen Mächten verdrängt und auch auf dem Inlandsmarkt von billigerer Konkurrenz unterdrückt werden würde. Ausfuhr- und Produktionsförderung, Arbeitslosigkeit und allgemeine Krise, wie wir sie heute an vielen Stellen des hochvalutarischen Auslands sehen, würden die Folge davon sein. Dagegen ist nur zu sagen, erstens, daß gerade die Ausfuhr-Industrie schon fast durchweg zur Kalkulation auf der Grundlage von Auslandsgeld übergegangen ist, also die durch die Papiermark gebotene Möglichkeit der Unterbietung preisgegeben hat; zweitens, daß in dem tatsächlich gefährlichen Moment des Ausgleichs mit dem Weltmarktpreisstand unsere Produktion alle Kraft daran setzen muß, durch technische und organisatorische Verbesserungen, durch wirkliche Qualitätsleistungen doch noch konkurrenzfähig zu bleiben.

Berechtigt ist vielmehr nur der Einwand, daß durch den Übergang zu wertbeständigen Zahlungsverweisen die Papiermark noch früher aus dem Verkehr gedrängt wird, als sie tatsächlich entbehrt werden kann. Es handelt sich um die Frage der öffentlichen Finanzen. Solange das Reich nur einen geringen Bruchteil seiner Ausgaben durch wirkliche Einnahmen decken kann, solange es immer wieder seine Zukunft zur Notenpresse der Reichsbank durch Diskontierung von Schatzwechseln nehmen muß, solange es für seine ungeheuren Zahlungen gar kein anderes Geld besitzt als eben diese Papiermark, solange darf es nicht geschehen, daß die Papiermark aus dem Verkehr gedrängt oder bis auf den Nullpunkt herabgedrückt, also praktisch unverwendbar gemacht wird.

Wertbeständigkeitsmaßnahmen scheitern also am öffentlichen Finanzelend, das sich nur durch Notendruck vor dem Zusammenbruch schützt und daher Verkehrsbeschränkungen des Papiergeldes durch feste Zahlungsmittel nicht ertragen kann. Insofern hat die Reichsbank recht. Es ist aber auch ein sehr ansehbarer Fatalismus.

Was sagt der Fatalismus? Das Reichsfinanzelend ist vorläufig unheilbar; nehmen wir ihm die Stütze der Notenausgabe weg, dann bricht unser Finanzwesen in sich zusammen. Also... Nein, auch das Reichsfinanzelend ist auszubellen durch eine eisenharte Kur, durch schärfste Anspannung der Steuern und Betriebserträge, durch rücksichtslosste Verwaltungs-

reform und Ausgabenverkürzung. Es muß möglich sein, auf den Notendruck, die unsere Wirtschaft lähmt und aufbläst, zu verzichten.

Nur wenn die öffentliche Finanzwirtschaft gesund und festgemacht wird, ist eine neue heilsame Reichsbankpolitik möglich. Sonst wirkt das Papiergeld immer wieder jeden neuen Aufschwung um, sonst wird die „Wertbeständigkeit“ zu einem Zankapfel der Wirtschaftsschichten, zu einer Enttäuschung.

Die Reichsbank soll also ihren ganzen Einfluß daran setzen, daß die Reichsregierung mit der Finanz- und Verwaltungreform Ernst macht! Da ist Radikalismus am Platze.

Die Washingtoner Untersuchungen

Der Reichsminister des Auswärtigen hat im Reichstag auf eine Untersuchung über die deutsche Restzahlungsfähigkeit hingewiesen, die von dem Volkswirtschaftlichen Institut in Washington angestellt worden ist, und die zu einem Ergebnis kommt, mit dem Deutschland weitläufiger zufrieden sein kann, als mit den Anschuldigungen, die die „ritterliche Nation“ und ihre „unparteilichen“ Helfershelfer in Entschuldigungsansuchen vorzunehmen belieben. Das Washingtoner Institut kommt nicht nur zu dem Schluß, daß Deutschland mindestens dreimal soviel leistet, wie seine Feinde zugestehen wollen, sondern auch fünfmal soviel wie das völlig heilgebliebene und in seinem Kredit nicht mutwillig ruinierte Frankreich 1871 zu leisten hatte.

Trotz aller Streichungen an den deutschen Aufstellungen und trotz der Nichtrechnung verschiedener deutscher Leistungen kommt das amerikanische Gutachten zu dem Schluß, daß Deutschland bis zum Herbst vorigen Jahres nicht 8 Milliarden Goldmark geleistet hat, wie die Pariser Entschuldigungskommission behauptet, sondern 26; Deutschland freilich kann mit Recht behaupten, daß es bis zu 45 Milliarden bezahlt und darüber hinaus noch mindestens das Doppelte an Werten in verschiedenster Form abgegeben hat. Das Institut hat fast sechs Monate an seiner Berechnung gearbeitet und hat nicht vergessen, welche Summen Deutschland außerhalb der eigentlichen Wiederherstellungsobligationen hat aufbringen müssen; so erwähnt es zum Beispiel die 45 000 Champagnergläser, 58 000 Ritzgläser, 51 000 Porzellan- und 9000 Weinkrüge, 800 Damenschreibstifte, 3500 Kinderbetten und 180 Klubhausausstattungen, die es bis dahin zu liefern und zu bezahlen hatte. Deutschlands künftige Zahlungsfähigkeit lasse sich nur auf eine Weise beurteilen, heißt es in dem Bericht, nämlich danach, ob die deutsche Industrie wirklich gedeihe und die deutsche Lebensmittellage normal sei. Zu dem Zweck sei festgestellt worden, wieviel Rohmaterialien die deutschen Fabriken erhielten und wie hoch der Nahrungsmittelverbrauch des deutschen Volks sei. Dazu sagt der Bericht:

Die deutschen Fabriken haben seit dem Krieg bedeutend weniger Rohmaterialien erhalten und verarbeitet als vor dem Krieg, und sie erhalten immer weniger. Deutschlands Netto-Einfuhr an Rohbaumwolle war beispielsweise im Jahr 1922 um 50 v. H. geringer als 1913, und die Einfuhr von Häuten und Fellen fiel während derselben Zeit um 64 v. H. Deutschlands Vorrat an Eisenerzen ist kaum noch 50 v. H. von dem der Vorkriegszeit. Mit Hinsicht auf Nahrungsmittel hat Deutschland jetzt — Einfuhr und heimische Erzeugung zusammengekommen — nur 55 v. H. von dem Weizen zur Verfügung, den es 1913 verbrauchte, nur 60 v. H. Roggen, 30 v. H. Gerste und 48 v. H. Hafer. Auch der Fleischverbrauch ist ganz bedeutend heruntergegangen. Nur Zucker und Kartoffeln sind in beinahe den Mengen vorhanden wie vor dem Krieg.

Weiter wird auf die Arbeitslosigkeit hingewiesen, die als solche vielleicht nicht so groß erscheint, aber dennoch vorhanden sei, weil die große Mehrzahl der Leute nicht die volle Zeit beschäftigt sei. Auch die Profite der deutschen Geschäftsleute, die nach Papiermark zwar bedeutend schienen, seien in Wirklichkeit minderwertig, da die Kaufkraft gering sei und sie nehme fortwährend ab. Angesichts des Rückgangs der Industrie und des tatsächlichen Nahrungsmittelmangels sehen sich die Deutschen gezwungen, ihr Eigentum zu irgend einem Preise zu verkaufen. Viel Grundeigentum, besonders in den Städten, werde an Ausländer verkauft. Industrielle Anlagen und Maschinen gingen gleichfalls in fremde Hände über. Ausländische Geldleute, die mit der Mark spekulierten, tun ihr Teil. Die so oft erwähnten Summen, die sich in den deutschen Banken befinden sollten und die 4 Milliarden Goldmark gar nicht übersteigen können, seien unentbehrlich, wenn Deutschland weiterhin erhalten wolle. Und wenn der Einfuhrhandel nicht aufrecht erhalten würde, denn würde Deutschlands Industrie sowohl wie der ganze Wirtschaftsbau mit einem Schlag zusammenbrechen.

